

Europas Wurzeln kräftigen und gemeinsam vorangehen: Für ein starkes Baden- Württemberg in einem starken Europa

LDK in Kehl am 1. Juli 2023

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 01.07.2023
Tagesordnungspunkt: EU Europas Wurzeln kräftigen und gemeinsam vorangehen: Für ein starkes
Baden-Württemberg in einem starken Europa

Europas Wurzeln kräftigen und gemeinsam vorangehen: Für ein starkes Baden-Württemberg in einem starken Europa

Nur gemeinsam sind wir stark

Wir leben in einer Zeit, die von globalen Krisen und Herausforderungen geprägt ist, deren Dimensionen nationalstaatliche Handlungsräume bei weitem übersteigen. Die Corona-Pandemie, die sozialen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Folgen des russischen Einmarsches in die Ukraine oder die Klimakatastrophe lassen sich nur in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit unseren europäischen und internationalen Partner*innen meistern. Diese multiplen globalen Krisen, die auch in Baden-Württemberg spürbar sind, verdeutlichen nochmals, dass ein starkes und handlungsfähiges Europa aus baden-württembergischer Perspektive kein Selbstzweck ist: Eine demokratische, ökologisch und wirtschaftlich starke Europäische Union liegt auch im Interesse unseres Bundeslandes. Auch deshalb gehören die Stärkung Europas und die Vision einer föderalen europäischen Republik zu den Leitlinien Grüner Landespolitik.

Baden-Württemberg ist mit seinen 11 Millionen Einwohner*innen größer und wirtschaftlich stärker als mancher Mitgliedstaat der Europäischen Union. Das verleiht bei europapolitischen Fragen Gewicht, ist aber auch mit Verantwortung verbunden. Auch in Zukunft muss Baden-Württemberg daher sein politisches Gewicht für gemeinsame europäische Lösungen zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, für einen starken und sozialen Binnenmarkt mit nachhaltigem Wachstum, für faire Handels- und Arbeitsbedingungen, für eine globale friedliche Entwicklung und eine zukunftsfähige und humane Migration einsetzen. Noch nie zuvor waren Grüne gleichzeitig in Baden-Württemberg und - mit BMWK und Auswärtigem Amt - auch auf Bundesebene an europapolitisch entscheidenden Stellen in Regierungsverantwortung. Diese Chance wollen wir nutzen, um Europa mit vereinten Kräften weiterzuentwickeln.

Geographisch hat Baden-Württemberg eine besondere Position im Herzen Europas an zwei großen europäischen Flüssen, dem Rhein und der Donau. Die Entwicklung des Friedensprojekts Europa lässt sich eindrucksvoll anhand dieser beiden Flüsse skizzieren. Lange war die deutsche Perspektive auf den Rhein geprägt vom nationalistisch aufgeladenen Mythos des „deutschen Flusses“. Sowohl Deutschland

35 als auch Frankreich erhoben Anspruch auf den 1.233 Kilometer langen Fluss als
36 Nationalsymbol, immer wieder war das rohstoffreiche Rheingebiet Gegenstand
37 militärischer Auseinandersetzungen. Heute trennt der Rhein nicht mehr, sondern
38 versinnbildlicht die engen wirtschaftlichen, infrastrukturellen und vor allem
39 freundschaftlichen Bande, die Baden-Württemberg mit seinen französischen
40 Partnerregionen pflegt. Ziel für uns Grüne in Baden-Württemberg ist es, die
41 grenzüberschreitenden Kooperationen am Oberrhein, wie auch am Bodensee und am
42 Hochrhein unter anderem in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Verkehr und
43 Tourismus weiter voranzutreiben. Eine solche Zusammenarbeit über Grenzen hinweg
44 birgt beispielsweise nicht nur große Potentiale im Bereich wirtschaftlicher
45 Entwicklung, sondern macht den Mehrwert Europas durch vereinfachte
46 Verwaltungsvorgänge, durch grenzenloses Reisen und durch Begegnungen mit den
47 Bürger*innen der Nachbarstaaten auch für die Menschen in Baden-Württemberg
48 erfahrbar. Mit der Europa-Wahl vor der Haustür ist es unsere Aufgabe, in den
49 Kommunen und Wahlkreisen vor Ort verstärkt für die konkreten Vorteile zu werben,
50 die Europa jetzt schon bietet.

51 Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der EU-Osterweiterung wurde ein weiterer
52 großer europäischer Fluss, die Donau, zur Entwicklungsachse eines neuen Europas.
53 Auf ihrem Weg vom Ursprung im Schwarzwald bis ins schwarze Meer fließt die Donau
54 durch 10 Länder und verbindet unser Bundesland mit den Ländern Mittel und Ost-
55 Europas. Wir unterstützen eine Fortsetzung der *EU-Donauraumstrategie* durch die
56 baden-württembergische Landesregierung, mit der fruchtbare Kooperationen mit den
57 Staaten entlang der Donau in den Bereichen von Umweltschutz, Wohlstand und
58 gesellschaftlichem Zusammenhalt gefördert werden.

59 Die Erweiterung der Union entlang der europäischen Lebensader Donau ist
60 allerdings noch nicht beendet: Im Donauraum liegen die Beitrittskandidaten
61 Serbien und Moldau, an der Mündung der Donau liegt die Ukraine - ein Land, das
62 seit über einem Jahr mit dem höchstmöglichen Preis einsteht für das, was Europa
63 im Kern ausmacht: Frieden und Freiheit. Wir verstehen es daher als unsere
64 Verpflichtung, der Ukraine beizustehen und sie zu unterstützen. Unsere
65 Unterstützung wird nicht enden, wenn die Kämpfe enden. Denn dann beginnt der
66 Wiederaufbau eines Landes, dessen Aufnahme in die Europäische Union uns alle
67 stolz machen wird.

68 Der russische Überfall auf die Ukraine markiert eine Zäsur für ganz Europa und
69 hat uns wieder bewusst gemacht, welch unverändert große Bedeutung das
70 europäische Projekt auch als Garant für Frieden hat. Gerade angesichts äußerer
71 Bedrohungen wie eines aggressiv agierenden Russlands, aber auch im Lichte eines
72 erstarkenden Nationalismus in einigen Ländern der EU, sind wir alle gefordert,
73 für die europäischen Werte Freiheit, Demokratie, Gleichheit und
74 Rechtsstaatlichkeit einzustehen, auch über die europäischen Außengrenzen hinaus.

75 Wir wollen Europa "von unten" stärken, indem Entscheidungsprozesse innerhalb der
76 europäischen Institutionen demokratisiert werden. Durch einen Ausbau von
77 Informationsmöglichkeiten über europäische Politik, grenzüberschreitenden
78 Austauschmöglichkeiten und gemeinsamer Infrastruktur über Grenzen hinweg muss
79 eine gesamtgesellschaftliche Unterstützung des europäischen Projekts gefördert

werden. Für gestärkte Wurzeln der Europäischen Union ist es aus unserer Sicht unabdingbar, dass Bürger*innen in Zukunft ihre Vorstellungen von Europa vermehrt einbringen und auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen können. Für uns ist klar: Europa ist dann stark, wenn es ein Europa der Europäer*innen ist!

Mit dem europäischen Green Deal unser Klima schützen und europäische Wirtschaft zukunftsfähig gestalten!

Im Zentrum der Grünen Klima-, Energie-, Wirtschafts- und Umweltpolitik steht die Garantie von Freiheit und Gerechtigkeit für uns und für kommende Generationen sowie eine Verantwortung für die Auswirkungen unseres Handels auch auf Menschen in anderen Teilen der Welt. Wir sind die erste Generation, die ein Leben ohne fossile Kohle, Öl und Gas führen können wird. Der Klimaschutz ist in den letzten Jahren ins Zentrum der europäischen Politik gerückt. Die starke Stimme der europäischen Jugend, die Millionen von Bürger*innen auf der Straße, aber auch Stimmen aus Wissenschaft und Wirtschaft haben den europäischen Green Deal erst möglich gemacht. Der schnelle Ausbau von Sonnen- und Windkraft, ein klimaschuttermöglicher CO₂-Preis und die notwendige Umstellung auf E-Mobilität konnten bereits umgesetzt werden. Diese Grünen Erfolge sind erst der Anfang: Die Begrenzung der Erderhitzung auf 1,5 Grad ist für uns eine Menschheitsaufgabe. Baden-Württemberg befindet sich dabei bereits auf dem richtigen Pfad: Das für Baden-Württemberg festgesetzte Ziel der Klimaneutralität bis 2040 muss für ganz Europa ein mutiges Vorbild sein.

Der Abkehr von den fossilen Energieträgern ist eine geopolitische Notwendigkeit, die erneuerbaren Energien sind dabei Garant für niedrige Preise und für Unabhängigkeit von aggressiven Diktator*innen wie Putin. Dank neuer EU-Gesetze werden auch in Baden-Württemberg die Genehmigungsprozesse für erneuerbare Energie-Projekte spürbar beschleunigt. Wir setzen uns auch für ein Europa ohne Atomkraft ein. Auch die industrielle Holzverbrennung zur Stromgewinnung kann keine Option sein. Wir dürfen nicht zulassen, dass unser Energiehunger weltweit Wälder, die als Kohlenstoffsenken einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, zerstört. Regionale Holznutzung aus nachhaltiger Waldwirtschaft zur Wärmeengewinnung kann dagegen einen Beitrag in der Energiewende leisten. Ein klimafreundliches Europa braucht allerdings auch seine Bürger*innen als Treiber*innen der Energiewende. Dazu sind integrierte europäische Energienetze nötig und Bürger*innen, die zu Energieproduzent*innen werden, sei es über die Solaranlagen auf dem Dach oder dem Balkon, über das dezentrale Ein- und Ausspeichern von Strom und die Beteiligung an Bürger*innen-Energiegenossenschaften. Das vor Jahren von der EU beschlossene Energy Sharing, also das einfache Teilen selbst erzeugten Stroms, wollen wir zeitnah in nationales Recht umsetzen.

Ein Viertel der europaweiten CO₂-Emissionen ist auf den Verkehrssektor zurückzuführen. Das macht klar: Europäischer Klimaschutz braucht eine echte europäische Verkehrswende. Baden-Württemberg hat bereits wichtige Schritte zum Ausbau von nachhaltigem Verkehr und öffentlichem Nahverkehr umgesetzt, die europaweit als Vorbild dienen können. Die EU kann durch gezielte Maßnahmen den Rahmen setzen für eine saubere, inklusive, auf unterschiedlichen Verkehrsmitteln

125 beruhende, grenzüberschreitende Mobilität im Personen- und Güterverkehr in ganz
126 Europa. Mit Nachtzügen können attraktive Verbindungen zwischen den europäischen
127 Metropolen ausgebaut und besonders klimaschädliche Flüge vermieden werden.

128 Der Ausbau der Erneuerbaren und die Modernisierung unserer Industrie ist kein
129 selbstloses Handeln der Europäer*innen, denn längst gibt es einen globalen
130 Wettbewerb darum, wo die grünen Zukunftstechnologien entstehen. China und die
131 USA drohen Europa dabei vorauszuweichen. Außerdem liegt auf der Hand, dass es
132 dort, wo Strom aus Sonne und Wind fließt, die günstigste Energie gibt. Der
133 schnelle Ausbau der Erneuerbaren verspricht Standortvorteile für Europa. Deshalb
134 müssen wir in der Europäischen Union so schnell wie möglich zu einer
135 Energieversorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien kommen und den Aufbau
136 einer grünen Wasserstoffwirtschaft schnell voranbringen. Bei allem Tempo gilt
137 es, den Ausbau mit den Zielen im Natur- und Artenschutz in Einklang zu bringen.

138 Die massiven Subventionsprogramme für die Klimaindustrie in den USA und China
139 sind eine Chance, denn sie können eine Hebelwirkung für klimafreundliche
140 Investitionen in den beiden Ländern auslösen. Gleichzeitig sind sie auch eine
141 Herausforderungen: Auch in Europa brauchen wir einen industriellen Aufbruch, um
142 den Anschluss an China und die USA nicht zu verlieren. Dazu ist eine gemeinsame
143 europäische Industriepolitik notwendig. Diese muss von Bulgarien bis Portugal
144 gelingen. Dazu sind neben dem Abbau bürokratischer Hürden und besseren
145 Rahmenbedingungen für Innovation auch zusätzliche gemeinsame finanzielle
146 Anstrengungen notwendig, ohne dabei in einen Subventionswettbewerb zu verfallen.
147 Die Produktion von Solar- und Windkraftanlagen, von Speichern, Wärmepumpen und
148 Elektrolyseuren, von grünem Stahl und grüner Chemie sowie von
149 batterieelektrischen Fahrzeugen muss in Europa gelingen, Innovation und
150 Technologien müssen hier gehalten und vorangebracht werden. Dort finden sich
151 gute und sichere Industrie-Arbeitsplätze und der Wohlstandsmotor der Zukunft.
152 Gerade Baden-Württemberg, mit seinen innovativen Köpfen und seinem
153 herausragenden Maschinen- und Anlagenbau, hat die Chance, im Zentrum dieser
154 Modernisierung zu stehen. Es ist wichtig, dass auch die wirtschaftlich starken
155 Regionen in Europa von europäischer Förderung profitieren. Oft verbieten
156 europäische Binnenmarktregeln dem Land Baden-Württemberg die Unterstützung. Das
157 muss sich ändern, denn gerade in Baden-Württemberg leben wir mit unseren
158 Strategie-Dialogen vor, wie erfolgreiche Industriepolitik funktioniert. Gerade
159 beim Beihilferecht treten wir dafür ein, dass Möglichkeiten zur Ansiedelung von
160 Unternehmen auch für Innovationsregionen wie Baden-Württemberg geschaffen
161 werden, um die Transformation kraftvoll und als Motor voranzutreiben. Hierbei
162 kommt auch dem Ausbau von Produktionskapazitäten im Gesundheitsbereich eine
163 entscheidende Rolle zu. Auch der Bereich der digitalen Zukunftstechnologien ist
164 von industriepolitischen Herausforderungen geprägt. Die EU hat mit ihrem Ansatz
165 der „ethischen KI“ die Chance, einen Prototyp der Regulierung von künstlicher
166 Intelligenz auszuarbeiten, der globale Strahlkraft entfalten kann. Für ein
167 Hochtechnologieland wie Baden-Württemberg gilt es, diese Prinzipien mit Leben zu
168 füllen und so ihre Umsetzung sicherzustellen.

169 Eine zentrale Aufgabe ist es, eine sichere und nachhaltige Versorgung mit
170 Rohstoffen zu schaffen. Die Energiewende und die Digitalisierung werden ohne
171 kritische Rohstoffe nicht funktionieren. Gleichzeitig ist Europa wie Baden-
172 Württemberg etwa bei einzelnen weiterverarbeiteten Rohstoffen übermäßig abhängig
173 von China. Solche gefährlich hohen ökonomischen Abhängigkeiten machen es uns
174 schwer, dem chinesischen Regime auf Augenhöhe zu begegnen, sie gefährden unsere
175 politische Handlungsfähigkeit und auch unsere Sicherheit. Ebenso gilt dies für
176 Abhängigkeiten von anderen autoritär regierten Ländern und global tätigen
177 Konzernen. Deshalb müssen wir in Europa Abhängigkeiten reduzieren und
178 Verwundbarkeit minimieren. Es ist gut und war dringend notwendig, dass das
179 europäische Rohstoffgesetz, der *Critical Raw Materials Act*, die EU-
180 Rohstoffgewinnung sowie Weiterverarbeitung und Recycling in Europa vorangebracht
181 wird. Dadurch haben wir auch die Chance, neue Technologien und Prozesse zu
182 entwickeln, um Eingriffe in die Natur zu minimieren und Naturverbrauch zu
183 begrenzen. Bei der Kreislaufwirtschaft wollen wir in Baden-Württemberg mit an
184 der Spitze sein für eine größere europäische Resilienz.

185 Für eine innovative und resiliente Wirtschaft gilt es, den europäischen
186 Binnenmarkt 30 Jahre nach dessen Gründung weiter zu stärken und die Beziehungen
187 zu unseren internationalen Partnern auszubauen. Gerade Baden-Württemberg, unser
188 Mittelstand und unsere großen *global player* profitieren davon, dass die EU
189 Rohstoffpartnerschaften mit Leben füllt, Lieferketten diversifiziert und
190 gerechte Handelsverträge mit verbindlichen Sozial- und Umweltstandards
191 voranbringt. In der Handelspolitik setzen wir auf Fortschritte im Rahmen der WTO
192 und setzen uns ein für dekoloniale Handelsverträge, die der Bevölkerung vor Ort
193 gerecht werden. Zudem brauchen wir Regelungen zu Lieferketten, den Vorrang
194 demokratisch legitimierter Regulierung, Klimagerechtigkeit, nachhaltige
195 Ressourcennutzung und die Sicherung des Vorsorgeprinzips. Nur in einer
196 handlungsfähigen Europäischen Union kann Baden-Württemberg weiterhin erfolgreich
197 sein und können wir unserer Verantwortung, das Klima und die Menschen zu
198 schützen, gerecht werden. Wir GRÜNE in Baden- Württemberg setzen uns konsequent
199 dafür ein, dass wirtschaftliches Handeln im Einklang mit geltenden
200 Menschenrechten steht, unsere Lebensgrundlagen schützt und den Interessen der
201 Menschen dient.

202 **Für ein Europa, das unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt**

203 Die Ziele des europäischen Green Deals im Bereich Umweltpolitik und
204 Landwirtschaft, der Schutz und die Wiederherstellung der natürlichen Ökosysteme,
205 die nachhaltige Nutzung von Ressourcen und die Verbesserung der menschlichen
206 Gesundheit, muss in Zukunft mit stärkerem Nachdruck verfolgt werden. Konkret
207 möchten wir Grüne erreichen, dass die Ökosystemfunktionen unserer Wälder, Wiesen
208 und Moore anerkannt und gefördert werden. Für den Erhalt von Flächen muss es als
209 alternative wirtschaftliche Nutzung Förderung geben.

210 Die EU muss Treiber der Transformation hin zu einer ökologischen, naturnahen
211 Landnutzung sein. Zum Schutz freilebender Arten müssen Rückzugsorte für
212 Wildtiere durch nutzungsfreie Ökosysteme (z.B. Bannwald) geschaffen werden. Die
213 Kommunen müssen bei einem effektiveren Schutz von Flora-Fauna-Habitat-Gebieten

214 unterstützt werden. Wir brauchen unsere Wälder als Klimaregulierer und
215 Schatzkammern der Biodiversität. Darum müssen Kahlschläge – die großflächige
216 Abholzung von Gebieten und damit Zerstörung des Ökosystems Wald – in ganz Europa
217 verboten werden. Für konsequentes Monitoring sowie finanzielle Förderprogramme
218 benötigen wir eine klare Definition einer nachhaltigen Waldwirtschaft. Wir
219 wissen, dass wir durch angepasstes Waldmanagement der Trockenheit der Wälder
220 zuvorkommen und somit Waldbrände begrenzen können. Baden-Württemberg ist mit 1,4
221 Mio. Hektar Wald eines der walddreichsten Bundesländer. Wir Grüne packen an für
222 den Wald - denn Waldschutz ist Klimaschutz!

223 Es gilt, unsere Lebensgrundlagen europaweit zu schützen und vor Ort konkrete
224 Lösungen anzubieten. Insbesondere muss die EU landwirtschaftliche Betriebe
225 stärken, die für gesunde und schmackhafte Nahrungsmittel, fruchtbare Böden,
226 sauberes Wasser, gute Tierhaltung und für den Erhalt der Lebensräume von
227 Insekten und Vögeln sorgen. Unser Leitbild der ökologischen Landwirtschaft mit
228 ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und Freiheit von
229 synthetischen Pestiziden gilt für uns auch als Leitlinie unserer europäischen
230 Agrarpolitik. Wir müssen weg von der Flächenförderung und hin zur Förderung von
231 ökologischen, tierfreundlichen und regionalen Bewirtschaftungsformen.

232 Wir wollen allen Bürger*innen ermöglichen, sich gesund und nachhaltig ohne
233 Lebensmittelverschwendung zu ernähren. Die EU kann über die Förderung des
234 Ökolandbaus sowie die Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln Bio
235 wieder attraktiver machen und faire Preise in der Landwirtschaft voranbringen.
236 Das EU-Vergaberecht und Förderprogramme der *Vom Hof auf den Tisch*-Strategie
237 können vor Ort für mehr Bio in den Kantinen für Groß und Klein sorgen und
238 regionale Lieferketten fördern.

239 **Für ein Europa der Bürger*innen**

240 Die baden-württembergische Landesverfassung enthält das klare Bekenntnis, Baden-
241 Württemberg in einem vereinten Europa zu gestalten und an der Schaffung eines
242 Europas der Regionen aktiv mitzuwirken.

243 Die Grün-geführte Landesregierung hat dieses Ziel immer vorangestellt und mit
244 dem Europa-Leitbild europapolitische Grundsätze erarbeitet, die die maßgeblichen
245 Leitlinien unserer Europapolitik definieren. Ein ganz wichtiger Baustein: Wir
246 machen Europapolitik nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern mit ihnen
247 gemeinsam – in verschiedenen Bürgerdialogen im ganzen Land. Mit unserem
248 Europadialog haben wir im Land bereits im Jahr 2018 eine Blaupause für einen
249 gelungenen Dialogprozess zu Europa geliefert. Viele Elemente daraus hat sich die
250 EU-Kommission zum Vorbild genommen, als sie die Konferenz zur Zukunft der EU mit
251 breiter Beteiligung europäischer Bürger*innen konzipiert hat.

252 Für uns Grüne ist es zentral, dass diese Ergebnisse aus der Zukunftskonferenz,
253 die zusammen mit Bürger*innen erarbeitet worden sind, jetzt auch zügig umgesetzt
254 werden: Wollen wir Europa stärken, müssen wir es z.B. durch
255 Mehrheitsentscheidungen in der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und
256 Finanzpolitik, durch den Aufbau krisenfester Wirtschafts- und Gesundheitssysteme
257 und durch eine Reform der europäischen Institutionen weiterentwickeln.
258 Insbesondere bei einer Reform des europäischen Institutionengefüges wollen wir

259 auch künftig die Bürger*innen einbinden und Bürgerdialoge auf europäischer Ebene
260 institutionalisieren sowie die Verbindlichkeit der Ergebnisse von Bürgerdialogen
261 stärken.

262 Europa zu stärken heißt für uns aber auch, Europa zu leben. Im Austauschprogramm
263 *Erasmus+* können Studierende interkulturelle Kompetenz und Sprachkompetenzen
264 ausbauen und damit ihre Karrierechancen auf einem europäischen Arbeitsmarkt
265 begünstigen. Unser Kontinent rückt durch das Austauschprogramm auch auf privater
266 Ebene zusammen: Seit Beginn des Programms im Jahr 1987 wurden über eine Million
267 *Erasmus*-Babys geboren. Allerdings ist *Erasmus+* weiterhin mit hohen finanziellen
268 Hürden verknüpft. Deshalb schließen wir uns der Forderung nach einer Erhöhung
269 der Fördersummen an. Weiterhin ist für uns Grüne zentral, dass die europäischen
270 Austauschprogramme noch stärker auch für Menschen geöffnet werden, die eine
271 Ausbildung machen. Wir wollen die Integration von *Erasmus+* in den
272 Ausbildungsablauf verbessern und Ausbildungsunternehmen mit Auszubildenden im
273 *Erasmus+*-Programm unterstützen. Die Möglichkeiten für Schüler*innen und
274 Auszubildende, aber auch für Lehrkräfte und Verwaltungspersonal sind oft noch
275 gar nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir in Baden-Württemberg mit einer
276 gezielten Öffentlichkeitsarbeit angehen. Auch den Beitrag von
277 Städtepartnerschaften und kulturellem und zivilgesellschaftlichem Austausch gilt
278 es weiter zu stärken.

279 Zu einem Europa der Bürger*innen gehört auch, dass wieder mehr Menschen die
280 Sprache der Nachbar*innen lernen. Das Erlernen von Französisch, insbesondere an
281 Grundschulen, hat für uns aufgrund der Nähe zu Frankreich einen besonderen
282 Stellenwert. Um ein besseres Verständnis politischer Prozesse, Institutionen und
283 Themen auf europäischer Ebene zu etablieren, muss eine stärkere Vermittlung
284 europapolitischer Inhalte an den Schulen in Baden-Württemberg stattfinden.

285 **Für ein demokratisches und rechtsstaatliches Europa**

286 Wir Grüne stehen für eine Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU und für
287 eine lebendige, europäische Demokratie, an der die Bürger*innen direkt
288 teilhaben. Unser Ziel ist es, die Rechtsstaatsinstrumente der EU konsequenter zu
289 nutzen und weiterzuentwickeln. Wir begrüßen die Einsetzung einer deutsch-
290 französischen Expert*innengruppe, die unter anderem hierzu konkrete Vorschläge
291 erarbeiten soll. Baden-Württemberg ist vielfältig in Europa engagiert. Von
292 unseren Partnern erwarten wir ein klares Bekenntnis zu europäischen Grundwerten
293 wie dem Schutz von Minderheiten und dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Als
294 Land stärken wir konkret die demokratische Zivilgesellschaft vor Ort, etwa über
295 gemeinsame Projekte wie die Regionalen Rechtsstaatsdialoge oder das Danube Youth
296 Council.

297 Wir unterstützen den Einsatz der EU-Kommission für Medien-, Presse- und
298 Informationsfreiheit und digitale Grundrechte sowie den Kampf gegen Fake News in
299 der gesamten EU. Wir bringen uns konstruktiv in die Debatte um eine auch für
300 Deutschland und die Bundesländer sinnvolle Ausgestaltung des *Europäischen*
301 *Medienfreiheitsgesetzes*, das die Unabhängigkeit und Pluralismus von Medien
302 stärkt, ein. Außerdem unterstützen wir die Umsetzung des *Europäischen Gesetzes*
303 *über digitale Dienste*, das unter anderem zu einem sicheren und

304 vertrauenswürdigeren Online-Umfeld für die europäischen Nutzer*innen beiträgt.
305 Gleichzeitig drängen wir in Debatten um die Regulierung des digitalen Raums auch
306 weiterhin auf die Achtung von digitalen Grundrechten wie der Redefreiheit im
307 Internet und lehnen die Einführung einer Chatkontrolle ab.

308 Wir Grüne wollen Europawahlen europäischer und lebendiger machen. Wir stehen für
309 die Einführung transnationaler Listen und eines Spitzenkandidat*innenprinzips
310 bei Europawahlen, um den gesamteuropäischen Charakter der Wahl und die
311 unmittelbare Legitimation von Spitzenpositionen in der EU durch die Wähler*innen
312 zu stärken. Über den Bundesrat wollen wir deshalb entsprechende Initiativen wie
313 den Wahlrechts-Vorschlag des Europaparlaments von 2022 aktiv unterstützen und
314 bei unseren europäischen Partner*innen dafür werben.

315 **Für ein Europa, das für gute Arbeit, humane Migrationspolitik und soziale**
316 **Sicherheit steht**

317 Als Grüne Baden-Württemberg setzen wir uns für die Wahrung der Menschenrechte
318 und die Achtung der Menschenwürde auch an den europäischen Außengrenzen ein. Die
319 EU muss dafür sorgen, dass das Sterben im Mittelmeer endet. Wir stehen hinter
320 dem Länderratsbeschluss vom 17. Juni: Das Ergebnis des Ministerrates zu einem
321 gemeinsamen europäischen Asylsystem (GEAS) im Juni 2023 kann zentrale
322 Anforderungen nicht erfüllen, die wir an eine Asylpolitik der Humanität und
323 Ordnung stellen. Wir sehen das europapolitische Dilemma, denn die europäische
324 Asylpolitik braucht maßgebliche Verbesserungen, für die es angesichts vieler
325 restriktiver Mitgliedstaaten keine Mehrheiten gibt. Der Ratsbeschluss wäre ohne
326 den Einsatz von grünen Regierungsmitgliedern ein schlechterer gewesen. Doch er
327 enthält auch substantielle Verschärfungen, die wir aus asylpolitischer Sicht
328 falsch finden. Im weiteren Verfahren im Trilog zwischen dem Europäischen
329 Parlament, dem Rat und der Kommission setzen wir uns daher für Verbesserungen
330 ein. Unter anderem ist für uns wichtig, dass Familien mit Kindern grundsätzlich
331 nicht in Grenzverfahren kommen dürfen und Mitgliedstaaten nicht zur Durchführung
332 von Grenzverfahren verpflichtet werden. Wir wollen ein effektives
333 Menschenrechtsmonitoring an den Außengrenzen und eine verbindliche Verteilung
334 von Geflüchteten auf die Mitgliedsstaaten. Das Ergebnis werden wir daran messen,
335 ob es substantielle Verbesserungen für die Geflüchteten und Europa enthält.
336 Denn: Eine Flucht nimmt kein Mensch grundlos auf sich, weshalb wir durch die
337 Unterstützung von den Menschen in Herkunfts- und Transitländern die Ursachen von
338 Flucht und Migration bekämpfen wollen.

339 Viele neue Arbeitsplätze werden durch den Wandel zu einer klimaneutralen
340 Produktion und neuer Klimaindustrie geschaffen, doch gleichzeitig kämpfen wir
341 landes- und europaweit gegen den Fachkräftemangel. Diesen wollen wir mit
342 Programmen zur Integration und beruflichen Aus- und Weiterbildung von hier
343 lebenden Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte, sowie einer
344 Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen verringern. Die
345 erfolgreiche Westbalkan-Regel, mit der Staatsangehörige der sechs Balkanländer
346 ohne formales Qualifikationserfordernis, sondern unbürokratisch auf Basis der
347 Entscheidung von europäischen Arbeitgeber*innen Zugang zum europäischen

348 Arbeitsmarkt erhalten, sehen wir als gutes Beispiel der Integration und
349 unterstützen die Weiterentwicklung und Ausweitung auf andere Regionen.

350 Uns Grünen ist es ein Anliegen, dass die europäische Energie- und Wärmewende
351 sozial gerecht erfolgt. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung des
352 europäischen *Klimasozialfonds* aus, mit dem schutzbedürftige, z.B.
353 einkommensschwächere Bürger*innen und Kleinstunternehmen bei energetischer
354 Sanierung, Nutzung erneuerbarer Energien und Elektromobilität unterstützt
355 werden.

356 Wir treten auch europaweit für gute Aus- und Weiterbildungsbedingungen sowie
357 eine europäische Mindestsicherung ein und exportieren positive Aspekte unserer
358 baden-württembergischen Ausbildungskonzepte über unsere Unternehmen und unseren
359 regionalen Kooperationen in unsere Partnerregionen. Projektpartner*innen aus
360 anderen europäischen Regionen bieten wir technische und finanzielle
361 Unterstützung bei Projekten zur Förderung der Beschäftigung, Bildung oder
362 sozialen Integration an. Dem Ausnutzen von Arbeitnehmenden, wie durch das "Slave
363 Law" in Ungarn, das Arbeitgeber*innen unter anderem die Anordnung von bis zu 400
364 Überstunden erlaubt, wirken wir entschieden entgegen.

365 **Für ein Europa, das Regionen und Menschen verbindet**

366 Die Zusammenarbeit an konkreten grenzüberschreitenden Projekten in den
367 Grenzregionen schafft Zusammenhalt und Erleichterungen, von denen die Menschen
368 im Alltag profitieren. Wir unterstützen insbesondere eine engere Zusammenarbeit
369 im Bereich der Rettungsdienste, des Katastrophenschutzes und der
370 grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung. Auch für Klima und Umwelt kann die
371 Zusammenarbeit einen Mehrwert bringen, wie das Wärmebündnis Kehl-Straßburg
372 zeigt. Der Ausbau grenzüberschreitender Bahnverbindungen wie auf den Strecken
373 Rastatt-Haguenau-Saarbrücken sowie Colmar-Freiburg und die grenzüberschreitende
374 Vernetzung der CO2-armen Verkehrsträger haben für uns höchste Priorität.

375 Rechtliche und administrative Hemmnisse, die grenzüberschreitenden Projekten im
376 Wege stehen, sollen so weit wie möglich abgebaut werden. Wir unterstützen die
377 Schaffung von Instrumenten auf europäischer Ebene, die helfen, solche
378 Hindernisse systematisch zu identifizieren und abzubauen. Hier sehen wir im
379 Kontext der *Vier Motoren für Europa* weiteres Verbesserungspotential, um diese
380 Kooperation zwischen den wirtschaftsstarken Regionen noch weiter zu stärken. Mit
381 dem neuen *Business Passport* haben die vier Regionen bei Übernahme der baden-
382 württembergischen Präsidentschaft ein gelungenes Projekt weiterentwickelt, mit
383 dessen Hilfe kleine und mittelständische Unternehmen, die sich beispielsweise
384 für den Aufbau von Geschäftsbeziehungen oder Ansiedlungen in einer Partnerregion
385 interessieren, schnelle und passgenaue Angebote erhalten.

386 Wir wünschen uns von der deutschen und französischen Regierung eine noch engere
387 Zusammenarbeit bei der einheitlichen Umsetzung von EU-Richtlinien, insbesondere
388 in den Grenzregionen. Damit können Probleme wie beispielsweise die
389 Nichtanerkennung der Umweltplakette im Nachbarland künftig vermieden werden. Der
390 Aachener Vertrag bietet zudem eine Experimentierklausel, die für bestimmte
391 Projekte Ausnahmen von nationalem Recht ermöglicht - von ihr wollen wir auch
392 Gebrauch machen.

393 In der Pandemie mussten wir lernen, wie schmerzhaft es für die Menschen ist,
394 wenn unsere offene Grenze nach Frankreich plötzlich wieder geschlossen ist. Das
395 darf künftig keine Option mehr sein!

396 Auch nach dem Ende der Coronamaßnahmen machen viele Menschen von der Möglichkeit
397 Gebrauch, im Home Office zu arbeiten. Wir fordern von der Bundesregierung eine
398 Neuregelung der Telearbeit, um Grenzgänger*innen auch in Zukunft ohne Wechsel
399 des Sozialversicherungssystems zu ermöglichen, mehr als 25 Prozent ihrer
400 Arbeitszeit entweder mobil oder in Telearbeit in ihrem Wohnsitzland zu leisten.
401 Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz wollen
402 wir in Baden-Württemberg dazu beitragen, dass die Zusammenarbeit mit unseren
403 Schweizer Nachbarn einen neuen Schub erhält. Wir begrüßen es sehr, dass EU-
404 Kommission und Schweizer Regierung an der Sicherung und der Weiterentwicklung
405 des bilateralen Weges arbeiten. Wir brauchen innerhalb Europas mehr Kooperation
406 und nicht weniger. Mit der angelaufenen Fortschreibung der Schweiz-Strategie hat
407 auch das Land ein wichtiges Gestaltungsinstrument für die weitere Vertiefung der
408 Beziehungen in der Hand. Gerade in diesen industrie-, klima- und geopolitisch
409 herausfordernden Zeiten sind Kooperationen mit der Schweiz, unter anderem in den
410 Bereichen Wissenschaft & Innovation, Energieversorgung, Gesundheit und
411 Wirtschaft, unabdingbar.

412 Die deutsch-französische Partnerschaft ist auch im Bereich der inneren
413 Sicherheit von großer Bedeutung. Das Zentrum der deutsch-französischen Polizei-
414 und Zollzusammenarbeit und die deutsch-französische Wasserschutzpolizei in Kehl
415 sind Vorbilder für gemeinsame Zentren und leben den europäischen Gedanken. Da
416 Sicherheit grenzüberschreitend organisiert sein muss, setzen wir uns für den
417 Ausbau solcher Kooperationen ein. Mit dem Dynamischen Europapool Baden-
418 Württemberg haben wir bisher als einziges Land die Möglichkeit für
419 Landesbedienstete geschaffen, sich an europäische und internationale
420 Institutionen abordnen zu lassen. Dieses Instrument wollen wir weiterentwickeln
421 und bessere Anreize schaffen, damit es von noch mehr Bediensteten des Landes
422 genutzt wird. Denn internationale Erfahrung ist nicht nur für diejenigen, die
423 sie machen, eine Bereicherung, sondern sie stärkt auch die Europäische
424 Zusammenarbeit ganz konkret. Damit leisten wir auch einen Beitrag, die zivile
425 Krisenprävention auf EU-Ebene zu stärken.

426 Dass regionale Zusammenarbeit auch über die EU hinaus konkreten Mehrwert für
427 Bürger*innen, Wissenschaftsakteure und Unternehmen bieten kann, zeigt das
428 Engagement Baden-Württembergs im Rahmen der EU-Strategie für den Donauraum. Die
429 EU-Perspektive für die Ukraine, Moldau und die Länder des Westbalkans hat seit
430 dem Angriff des russischen Regimes auf die Ukraine eine neue Dringlichkeit
431 erhalten. Wir begrüßen die erhöhte politische Aufmerksamkeit für die EU-
432 Erweiterung auf europäischer Ebene. Gleichzeitig sehen wir auch das Land in der
433 Verantwortung, denn Baden-Württemberg hat sich mit seiner führenden Rolle bei
434 der EU-*Donauraumstrategie* und als früher Fürsprecher der EU-Integration des
435 Westbalkans als verlässlicher Partner im Donauraum etabliert. Wir setzen uns
436 daher für eine noch intensivere interregionale Zusammenarbeit mit den EU-

437 Beitrittskandidatenländern ein, die die Stärkung der Zivilgesellschaft und die
438 Förderung von gesellschaftlicher und politischer Vielfalt in den Blick nimmt.

439 **Zum Schutz von Frieden, Demokratie und Wohlstand, zur Bewältigung von**
440 **Herausforderungen in einer globalisierten Welt brauchen wir ein starkes Europa,**
441 **in dem gemeinsam Lösungen gefunden werden und das von den Bürger*innen**
442 **Europas**
442 **getragen wird.**

443 **In Baden-Württemberg arbeitet die Grün-geführte Landesregierung an starken**
444 **Wurzeln des Europäischen Projekts. Für ein Europa, das sich den aktuellen**
445 **Herausforderungen mutig stellt und Zukunft gestaltet, brauchen wir aber auch**
446 **starke Grüne im Europäischen Parlament. 2024 wird das Europäische Parlament neu**
447 **gewählt: Wir Grüne kämpfen auch in Baden-Württemberg dafür, dass es im nächsten**
448 **Europäischen Parlament mit starken Grünen eine pro-europäische und sozial-**
449 **ökologische Mehrheit gibt!**